von Frau Merkel verwahrlost sind. Drei Themen werden für uns wichtig sein: Gerechtigkeit, Sicherheit, Vorsorge. Gerechtigkeit nicht nur bei der Verteilung der Steuerlast, sondern beispielsweise auch mit Blick auf den Mindestlohn. Die Sicherheit, dass Anstrengung und Leistung wieder zu einem festen Arbeitsplatz und fairer Bezahlung führen. Und Vorsorge durch bessere Bildungsangebote von der Kita bis zur Ganztagsschule. In all diesen Bereichen ist die Bilanz der Regierung Merkel verheerend. Unter ihrer Ägide ist die Spaltung des Landes in Arm und Reich größer geworden.

SPIEGEL: Jetzt malen Sie schwarz. Die Arbeitslosigkeit ist heute so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Gabriel: Deutschland spricht ja gern über die oberen zehntausend der Gesellschaft und zu wenig über den normalen Lebensalltag. Wir streiten uns über die Frauenquote in Aufsichtsräten und reden viel weniger über die Frauen, die im Supermarkt an der Kasse stehen oder im Pflegedienst arbeiten. Wieso spricht kaum jemand darüber, dass in Deutschland Frauen 22 Prozent weniger Lohn als Männer bekommen? Eine SPD-geführte Bundesregierung jedenfalls wird ein Gesetz einbringen, das diese Ungleichbehandlung verbietet.

SPIEGEL: Im Moment steht Ihre Partei nicht für soziale Gerechtigkeit, sondern für Steuererhöhungen. Noch vor einem Jahr hat Ihr Kandidat Peer Steinbrück gesagt: „Man darf die Starken in ihrer Leistungswilligkeit nicht so provozieren und so verprellen, dass sie den Solidarvertrag aufkündigen.“ Hat der Mann nicht recht?

Gabriel: Natürlich hat Peer Steinbrück recht. Deshalb werden wir die Steuern auch nicht auf das Niveau der Kohl-Zeit erhöhen. Damals lag der Spitzensteuersatz bei 53 Prozent. Wir erhöhen die Einkommensteuer ab 100 000 Euro Jahreseinkommen moderat auf 49 Prozent und sorgen gleichzeitig mit der Vermögensteuer dafür, dass auch die Reichen in Deutschland ihren Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

SPIEGEL: Im Moment gibt es aber noch keinen Plan, wie die Vermögensteuer aussehen soll. Wie wollen Sie zum Beispiel verhindern, dass Unternehmen, die in die roten Zahlen gerutscht sind, noch zusätzlich belastet werden?

Gabriel: Unsere Vermögensteuer wird Substanzbesteuerung verhindern. Deswegen wollen wir, dass die Vermögensteuer niemals einen bestimmten Prozentsatz des jährlichen Gewinns eines Unternehmens übersteigen darf. Ein Unternehmen, das nur geringe Gewinne oder sogar Verluste macht, zahlt demnach auch keine Vermögensteuer.

SPIEGEL: Wie viel soll die Vermögensteuer einbringen?

Gabriel: Zwischen fünf und zehn Milliarden Euro im Jahr. Das Geld brauchen wir auch, weil wir allein in die Bildung 20 Milliarden Euro mehr investieren wollen.

SPIEGEL: Da fehlen aber noch 10 bis 15 Milliarden Euro.

Gabriel: Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wird mindestens sechs Milliarden Euro bringen. Darüber hinaus werden wir unsinnige Subventionen abschaffen – das Mövenpick-Gesetz genauso wie beispielsweise die ökologisch unsinnigen Privilegien für spritfressende Dienstwagen. Außerdem sind wir dafür, die Familienförderung radikal umzubauen.

SPIEGEL: Wie soll das aussehen?

Gabriel: Erstens wollen wir das Ehegatten-Splitting für neu verheiratete Paare abschaffen. Der Staat muss Familien unterstützen, nicht Alleinverdienerehen. Zweitens: Es ist doch absurd, dass wohlhabende Bürger über den Kinderfreibetrag am Ende mehr Geld vom Staat für ihre Kinder bekommen als ärmere Familien, die auf das Kindergeld angewiesen sind.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das ändern?

Gabriel: Wir werden das Kindergeld und den sogenannten Kinderzuschlag zusammenlegen, der sozial schwachen Familien zugutekommt. Im Moment erhält eine Familie mit Durchschnittseinkommen 184 Euro Kindergeld für das erste Kind. Wir wollen dies für Familien, die bis zu 3000 Euro pro Monat verdienen, auf maximal 324 Euro erhöhen. Das kostet natürlich Geld. Deshalb wollen wir – drittens – im Gegenzug den Kinderfreibetrag abschmelzen, von dem nur Besserverdiener profitieren.

SPIEGEL: Gerhard Schröder hat kürzlich gesagt, wenn die SPD selbstbewusst zu seiner Agenda stehen würde, wäre sie heute die stärkste sozialdemokratische Partei Europas. Ihnen scheint die Agenda eher peinlich zu sein.

Gabriel: Im Gegenteil: Viele Teile der Agenda 2010 verteidige ich, ich nenne nur mal das Programm für Ganztagsschulen oder die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Rückblickend wird man aber sagen müssen, dass es auch Fehler gegeben hat, etwa die Unterschätzung dessen, was bei der Liberalisierung des Arbeitsmarktes herauskam: ein gigantischer Niedriglohnsektor. Ich glaube, die Agenda war nicht hinreichend sozial ausbalanciert. Wir haben eben nicht zeitgleich die Vermögensteuer eingeführt. Wir haben nicht zeitgleich einen Mindestlohn durchgesetzt. Jetzt haben wir die Chance, das hinzuzufügen, was damals fehlte.

Interview: René Pfister, Gordon Repinski

Animation:
Die Akte Sigmar Gabriel
spiegel.de/app22013palais
oder in der App DER SPIEGEL

Weil- und McAllister-Wahlplakate in Hannover: *„War*

NIEDERSACHSENWAHL

So normal

Er hält ungern Reden, er drängt sich nicht auf, viele Bürger kennen ihn nicht – und doch hat Stephan Weil gute Chancen, Ministerpräsident zu werden.

Der Weihnachtsmann sieht bekanntlich alles. Manchmal ist allerdings selbst er ratlos. Etwa bei der Frage, wer der Typ mit der schwarzen Wollmütze sei, der gerade eine Schokolade aus seinem Sack gefischt hat. Stephan Weil? Nee, nie gehört. Muss man den kennen?

Es ist kurz vor Heiligabend. Der Spitzenkandidat der SPD für die niedersächsische Landtagswahl ist ins Weserbergland gereist. Nun steht der 54-Jährige bei Schneetreiben auf dem Weihnachtsmarkt von Holzminden. Die örtliche SPD-Landtagsabgeordnete hat den Gast aus Hannover zum Eisstockschießen eingeladen. Doch nur ein paar alte Männer nehmen Notiz davon, wie sich Weil müht, mit seinen Lederschuhen auf dem glatten Untergrund Haltung zu bewahren.

Was muss ein Kandidat tun, den niemand kennt? Er muss reisen, sich unter Menschen mischen, Fähnchen, Kulis oder Rosen verteilen, Small Talk beherrschen.

Stephan Weil ist viel gereist. Seit Monaten tourt er zwischen Harz und Emsland, er war in Goslar, in Aurich, in Meppen, Niedersachsen ist verdammt groß. Er hat den vielen kleinen Zeitungen im Land einen Redaktionsbesuch aufgenötigt, er hat Krankenhäuser und Kinderstationen besucht. Und dann hat er vorige Woche die Umfrage von Infratest dimap gespannt erwartet. Das Ergebnis war er-

NIGEL TREBLIN / DAPD

mein Auftritt ein wenig fachkundig?“

nüchternd: Knapp drei Wochen vor der Wahl konnte ein Drittel der Niedersachsen mit dem Namen Weil noch immer nichts anfangen.

Die Wahl ist damit indes nicht verloren. Sollten nur noch drei Parteien in den nächsten Landtag einziehen, weil sowohl FDP als auch Linke und Piraten an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, stehen die Zeichen auf Rot-Grün. Selbst wenn die CDU mit dem populären Ministerpräsidenten David McAllister über 40 Prozent der Stimmen erhielte, wäre ohne einen Koalitionspartner die Mehrheit wohl weg.

So könnte Stephan Weil die leibhaftige Antithese zu der Behauptung werden, dass das Volk Persönlichkeiten wähle statt Parteien oder gar deren Programme. Die niedersächsischen Verhältnisse machen es möglich, dass auch in Zeiten der Mediendemokratie ein kaum bekannter, spröder, zurückhaltender Politiker aus einer Wahl als Sieger hervorgehen kann.

Vorigen Freitag eröffnete Weil in Emden die heiße Wahlkampfphase. Er hatte sich mächtige Verstärkung für den Auftritt vor den dortigen Stahlwerkern geholt: Peer Steinbrück, den Kanzlerkandidaten der SPD. Stephan Weil hält sich zugute, dass Steinbrück überhaupt als Kanzlerkandidat nach Niedersachsen gekommen ist. Er habe im Spätsommer die Parteispitze in Berlin überzeugt, den Kandidaten früher zu benennen als ursprünglich geplant. Dies sollte ihm Rückenwind im Landtagswahlkampf geben.

Nach Steinbrücks jüngsten Äußerungen zum Kanzlergehalt ist das mit dem Rückenwind nicht mehr so sicher. Sieben weitere Auftritte hat Weil mit dem Wahlhelfer aus Berlin verabredet. Es ist damit zu rechnen, dass jedes Wort von Steinbrück zwar gewogen wird – die Menschen aber nach Hause gehen, ohne zu wissen, wer der Typ neben dem Kanzlerkandidaten gewesen ist.

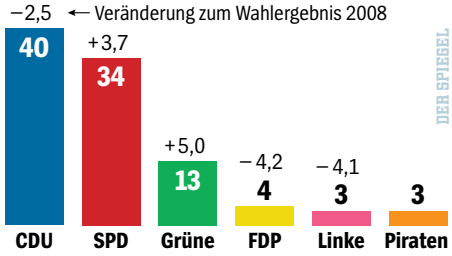
Der enge Takt der Besuche zeigt, wie wichtig die Berliner Republik diese Landtagswahl nimmt. Sie kann als Schwungrad für die Bundestagswahl im September dienen; sie kann die Performance der Kanzlerin beeinflussen, wenn ein Regierungswechsel in Hannover die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat so verändert, dass die letzten Merkel-Projekte blockiert werden können. Und sie kann Ende oder Neustart für Steinbrück sein.

Stephan Weil scheint das wenig zu belasten. Wo andere sich beeinflussen lassen durch PR-Strategen oder Imageberater, lehnt der Hannoveraner solche Dienste ab. Nie würde er seine randlose Brille gegen ein modisches Gestell tauschen, um attraktiver zu wirken. „Ich finde“, sagt er, „mein Gesicht markant genug.“

Er selbst sieht sich als „ausgeglichenen, sachlichen Norddeutschen“, nicht bereit, im Wahlkampf zu poltern und zu raufen wie seine sozialdemokratischen Vorgänger Gerhard Schröder oder Sigmar Gabriel. Weils Verhältnis zu McAllister ist so entspannt, dass seine potentiellen Koalitionspartner, die Grünen, schon über den Kuschelwahlkampf motzen und ihn auffordern, klare Kante zu zeigen.

Sonntagsfrage Niedersachsen

„Wen würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?“



Infratest-dimap-Umfrage für den NDR vom 28. Dezember 2012 bis 2. Januar 2013; 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: Sonstige

Das jedoch fällt Weil schwer. Fast schüchtern wirkt der amtierende Oberbürgermeister von Hannover, als er eine Jugendklinik besucht und nach einem Gespräch mit den Leitern höflich fragt, ob er noch etwas vom Haus sehen dürfe: „Bei Besuchen in sozialen Einrichtungen will ich niemandem auf den Geist gehen.“ Auf dem Weg zum nächsten Termin will Weil von einem Begleiter wissen: „War mein Auftritt ein wenig fachkundig?“

Fachkundig zu sein, das ist Weil immer wichtiger gewesen als eine fesche Pose. Zwar engagierte er sich schon in den achtziger Jahren während seines Jurastudiums in Göttingen bei den Jusos, später wurde er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hannover. Doch selbst den politischen Gegnern sind aus der damaligen Zeit keine Äußerungen in Erinnerung, die man ihm heute noch vorhalten könnte.

Er sei eben kein Berufspolitiker gewesen, der öffentliche Wahrnehmung brauche, um Karriere zu machen, erklärt Weil. Er verdiente sein Geld als Anwalt, Staatsanwalt oder Richter, ehe er 1997 zur Stadt Hannover wechselte. Als er dort zunächst den Job des Kämmerers übernahm, machte er diesen ebenso effizient wie unauffällig. Weil blieb stets im Schatten des übermächtigen Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg, der die Landeshauptstadt 34 Jahre lang führte.

Sein „Gesellenstück“, so sieht es Weil, sei damals der 66 Millionen Euro teure Umbau des maroden Niedersachsenstadions in eine WM-taugliche Fußballarena gewesen. Maßgeblich handelte er 2003 die Verträge zwischen der Stadt, dem Bundesligaclub Hannover 96 und Sponsoren aus. In den Medien schlug sich seine Rolle jedoch nicht nieder. Der Macher Stephan Weil hinterlässt keine Spuren.

Auch als Oberbürgermeister, sagt einer seiner engsten Mitarbeiter, lade Weil lieber zur Bürgersprechstunde, als eine Rede zu halten. Fast täglich verschickt er nun eine Pressemitteilung, seine Schubladen sind voll künftiger Bundesratsinitiativen, mit denen er das Betreuungsgeld abschaffen oder den Mindestlohn durchsetzen will. Landesthemen sind das alles nicht, und so stellt sich die Frage, wofür Stephan Weil denn gewählt werden soll. „Ich habe klare linke Grundsätze“, versichert er, um im gleichen Moment hinterherzuschieben: „Ich bin aber auch ein Pragmatiker.“

Neuerdings kokettiert Weil gar mit seinem Image des bodenständigen Unauffälligen. Auf einer seiner Touren durchs Land wurde er von einem Journalisten nach Hobbys gefragt. Weil erzählte, dass er jogge und mit Freunden in den Dolomiten wandere. Der Medienmann fragte enttäuscht nach, ob es „nichts Aufregenderes“ gebe. Weil mochte die Erwartungen nicht bedienen. „Was kann ich dafür, dass ich so normal bin?“

Michael Fröhlingsdorf